



Botschaften VPI

Generelle Feuerwerksverbote (in Innenstädten) sind nicht sinnvoll, bestrafen die falschen Personen – und entbehren zudem einer rechtlichen Grundlage. Gleichzeitig sind Forderungen nach mehr kommunalen Rechten bei der Ausweisung von Verbotszonen äußerst kontraproduktiv. Sie gefährden die Zukunft der gesamten pyrotechnischen Branche und damit bis zu 3.000 Arbeitsplätze in Deutschland.

Für das Abbrennen von Feuerwerk existieren in Deutschland bereits Einschränkungen, die durch das geltende Sprengstoffgesetz geregelt sind und die Menschen und Umwelt schützen. Ein generelles Feuerwerksverbot oder die Ausweitung kommunaler Rechte sind nach Ansicht des Verbandes der pyrotechnischen Industrie (VPI) nicht notwendig. Generelle innerstädtische Feuerwerksverbote sind aufgrund der Rechtsgrundlage darüber hinaus derzeit nicht möglich. Das wurde auch durch ein Rechtsgutachten einer vom Verband beauftragten Kanzlei geprüft und belegt.

Position:

- Das Thema Sicherheit spielt für die pyrotechnische Branche eine große Rolle. Daher fordert auch der VPI alljährlich die Menschen auf, verantwortungsbewusst und rücksichtsvoll mit Feuerwerk umzugehen. Feuerwerk ist Freude – es sollen damit positive Gefühle transportiert werden.
 - Aber: Ein generelles Verbot zu erwirken, weil einige wenige Chaoten insbesondere illegale Pyrotechnik verwenden oder legales Feuerwerk missbrauchen, würde auch die große Mehrheit der Menschen treffen, die Feuerwerk aus Freude und zum Spaß nutzen.
 - Der VPI wünscht sich hingegen einen verantwortungsbewussten Umgang mit den vertriebenen Artikeln und spricht sich gegen jede Art des Missbrauchs aus.
- Der VPI hat im Zuge der Debatte über innerstädtische Feuerwerksverbote die Möglichkeiten kommunaler Verbote juristisch prüfen lassen. Weder das Bundesimmissionsschutzrecht noch die Landesimmissionsschutzgesetze oder die allgemeinen Polizeigesetze der Länder eröffnen nach Auffassung der beauftragten Kanzlei Raum dafür, flächendeckende Beschränkungen oder Verbote zu erlassen.



Botschaften VPI

Einige Kommunen und Bundesländer plädieren dafür, die Entscheidung über Feuerwerksverbote den einzelnen Kommunen zu überlassen. Der Wunsch, die kommunalen Rechte zu erweitern, klingt logisch und verständlich auf den ersten Blick. Doch bei näherer Betrachtung wäre genau das fatal und kurzfristig.

Schon jetzt ist das Zünden pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altenheimen sowie besonders brandempfindlichen Gebäuden verboten (§ 23 Abs. 1 der 1. SprengV). Auch gewährt § 24 Abs. 2 der 1. SprengV Kommunen heute schon die Möglichkeit, die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände der Kategorie F2 mit „ausschließlicher Knallwirkung“ in dicht besiedelten Gemeinden zu beschränken. Es gibt also keinen Grund § 24 Abs. 2 der 1. SprengV abzuändern. Eher schon gäbe es einen Grund, sich zu fragen, warum die Kommunen bestehende Möglichkeiten nicht sinnvoll ausschöpfen.

Silvesterfeuerwerk kann nur an den letzten drei Tagen vor Silvester im Handel erworben werden. Bevor der Kunde Feuerwerk kaufen kann, hat es schon eine lange Reise hinter sich. 80 Prozent des Kategorie F2-Feuerwerks stammt aus China. Mit Blick auf Herstellung und Transport per Schiff brauchen die Artikel also einen monatelangen Vorlauf. Allein die drei Marktführer WECO, COMET und NICO verzeichnen zum Jahresende Zehntausende Auslieferungen. Der logistische Planungsaufwand ist gigantisch. Er kann aber nur verbindlich funktionieren, wenn ihre Handels-Großkunden ebenfalls verbindlich planen können.

Der VPI sieht hier einen klaren Domino-Effekt: Wenn Kommunen mehr oder weniger willkürlich und spontan feuerwerksfreie Zonen definieren könnten, verlieren der Großhandel und Handel vor Ort ihre Planungssicherheit. Beides führt wiederum zu massiver Planungsunsicherheit der Hersteller und, machen wir uns nichts vor, zu einem Sterben auf Raten und einem ungewollten flächendeckenden Feuerwerks-Aus in ganz Deutschland.

Die pyrotechnische Branche verzeichnete Silvester 2022 und 2023 je rund 180 Mio. Euro Umsatz. Silvester 2024 lag der Umsatz sogar noch höher bei 197 Mio. €. Die Nachfrage wächst und spricht für sich. Ob in Bremen, NRW oder Berlin - die pyrotechnische Branche gehört zu den größeren Steuerzahlern und fördert die Wirtschaft in schwierigen Zeiten. Jedwedes Verbot von legalem Silvesterfeuerwerk birgt deswegen die Gefahr, die ganze Branche für immer aufs Abstellgleis zu schieben und das Ende einer langen Tradition, eines Kulturguts und beliebten Brauchtums einzuläuten.